

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarorts- bezug Nr. 2,10, außerorts Nr. 2,20 einschließlich der Postgebühren. Die Preisnummer des Heftes 10 Pf. Anrechnungsmittel gleich, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die monatliche Zeile oder deren Raum 16 Pfennig. Die Reklameweile oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderlicher Anzeigen entsprechende Rabatte. Bei gerichtlicher Einstellung und Konfiskation ist der Rabatt hinfällig.

Fersprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 27

Druck und Verlag in Altensteig.

Montag, den 3. Februar.

Kunzelblatt für Pfalzgrafenweiler.

1918

Neues vom Tage.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 1. Febr. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat nach mündlichem Vortrag des Generals von Winterfeldt seine Auffassung gebilligt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auf seinem Posten in Spaan bleiben könne.

Berlin, 1. Febr. Generaloberst v. Einem wurde zur Disposition gestellt.

Kundgebung.

Berlin, 1. Febr. Der Evang. Bund hat in einem Funkspruch an die christlich Gesinnten aller Länder einen Protest gegen die unmenschliche Fortsetzung der Hungersnot abgedruckt, durch die täglich 800 Menschenleben in Deutschland vernichtet werden.

Kohlenmangel.

Berlin, 1. Febr. Die Spandauer Staatswerksleute, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, wurden, wie der „Arend“ meldet, wegen Kohlenmangel auf 8-12 Tage stillgelegt.

Die Spartakisten.

Berlin, 1. Febr. Nach Blättermeldungen hat die Stadt Berlin die Schußwaffenbesitzordnungen aus den Revolutionen abgelehnt.

Berlin, 1. Febr. Die Spartakisten haben einen Aufruf auf das Telegraphenamt in Eisenach gemacht. Die Regierung hat daher Verordnungen erlassen, um unerwünschte Elemente von Weimar fernzuhalten.

Am 6. Februar sollen in Berlin neue Kundgebungen der Radikalen veranstaltet werden, auch soll ein Zug von Bewaffneten nach Weimar geplant sein.

Bremen, 1. Febr. Die spartakistische Regierung hat die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen zerstört. Den bürgerlichen Einwohnern ist das Verlassen der Häuser bei Todesstrafe verboten.

Bremen, 1. Febr. Der Vorsitzende des Soldatenrats des 9. Armeekorps Pool teilte mit, falls Koste nicht sofort die Truppen vor Bremen zurückführe, würde das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht und außerdem die ganze Arbeiterschaft aufgerufen, gegen die Regierung zu ziehen.

Bremen, 2. Febr. Die Verhandlungen in Bremen zwischen Reichsregierung und den Radikalen hatten folgendes Ergebnis: Die (radikalen) Vorkaufstragen Bremen erklären sich bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, dem Korpsfeldatentrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzuliefern.

Düsseldorf, 1. Febr. Die Spartakisten haben angefehene Bürger festgenommen, um sie als Leibhärten in diejenigen Häuser zu verbringen, die von den Regierungstruppen angegriffen werden könnten.

Wilhelmshaven, 1. Febr. Bei dem Anschlag der Kommunisten gegen die Reichsbank wurden im ganzen 7 1/2 Millionen Mark, darunter 3 Millionen Reich in Gold, geraubt. Das Geld ist bis auf 400 000 Mark wieder beigebracht.

Fatales Versehen.

Wilhelmshaven, 1. Febr. Der „Chef“ des Sicherheitsdienstes, der Unabhängige Dorn, wollte einem Beamtenvertreter ein Anweisungsbüchlein ausgeben, auf Versehen erwich er aber ein Schriftpäckchen, das Dorn arg blöstellte. Es war nämlich die amtliche Ernennung des Chefs des Sicherheitsdienstes unter der zu gründenden kommunistischen Regierung, von Dorn selbst unterzeichnet.

Das Los der deutschen Kriegsgefangenen.

Brüssel, 1. Febr. (Reuter.) Ein Munitionszug explodierte gestern nachmittag zwischen Aubange und Longwy. 60 deutsche Kriegsgefangene, 3 französische Soldaten und 1 amerikanischer wurden getötet, zahlreiche Personen verwundet.

Die Franzosen in der Pfalz.

München, 1. Febr. Die „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ berichtet aus Ludwigshafen: Der französische Befehlshaber hat den pfälzischen Zeitungen befohlen, eine Reihe von Artikeln zu bringen, in denen Deutschland verleumdete wird und die Einwohner der Pfalz einer Vereinnahmung mit Frankreich geneigt gemacht werden sollen.

Der Krieg im Osten.

Stockholm, 1. Febr. (Estnische Bericht.) In der Richtung auf Jamburg haben unsere Patrouillen Fortschritte genommen.

Helsingfors, 1. Febr. Die Verbündeten werden Finnland jährlich 20 000 Tonnen Getreide liefern.

Eisenbahneranstand.

Altensteig, 1. Febr. Infolge der Arbeitsniederlegung der Eisenbahnangestellten in Okerode (Sachsen) stockt die Bahnverbindung Berlin-Altensteig. Die Ausständigen verweigern die Annahme der Abfertigung sämtlicher Züge.

Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 1. Febr. Marschall Joch hat entschieden, daß das noch in Frankreich befindliche Sanitätspersonal in Freiheit gesetzt wird, wenn die Lagaville, in denen es beschäftigt ist, aufgelöst und von den Alliierten übernommen sind.

Paris, 1. Febr. Nach dem „Temps“ teilte Minister Bichon mit, der Völkerbund solle am 1. Oktober ins Leben treten. Die englische Regierung soll die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund ablehnen, da sie ganz aufgeteilt werden müsse.

Konstantinopel, 25. Jan. (Reuter.) Die Engländer haben die gesamten feindlichen Banken bis zum Friedensschluß übernommen.

Die deutschen Kolonien verloren.

Paris, 1. Febr. (Havas.) Die 10 Vertreter der Großmächte berieten am Donnerstag die Kolonialfrage. Man einigte sich dahin: Die deutschen Kolonien sind, sollen nicht mehr an Deutschland zurückfallen, zunächst aber auch von keiner der Mächte in Besitz genommen, sondern, vom Völkerbund verwaltet werden.

Die unabhängig werden oder unter der Schutzherrschaft einer Großmacht leben wollen. Wo dies nicht der Fall sei, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Oberhoheit ausüben soll. Solange der Völkerbund noch nicht vermittelnd sei, sollen die Kolonien von den angrenzenden Mächten verwaltet werden, wie es schon jetzt der Fall sei.

Die Vertreter der Großmächte sind bestrebt, dem Blutvergießen der Tschechen und Polen in Osterrussisch-Schlesien ein Ende zu machen. Es wurde beschlossen, daß die beiden Parteien bis zur endgültigen Regelung der Gebietsfrage durch die Friedenskonferenz Ruhe halten sollen.

Die Vertreter der Großmächte sind bestrebt, dem Blutvergießen der Tschechen und Polen in Osterrussisch-Schlesien ein Ende zu machen. Es wurde beschlossen, daß die beiden Parteien bis zur endgültigen Regelung der Gebietsfrage durch die Friedenskonferenz Ruhe halten sollen.

Die verlanget, beschloß der Oberste Rat, den mit Rumänien abgeschlossenen Geheimvertrag, worin diesem das Banat und Temeswar zugesagt wurden, aufzuheben.

Beschleunigter Frieden?

London, 2. Febr. Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Man vermutet, daß die Alliierten mit größerer Eile auf den Abschluß eines vorläufigen Friedens mit Deutschland hinarbeiten, der innerhalb 6 Wochen unterzeichnet werden solle.

Die römische Frage.

Paris, 1. Febr. „Deuxre“ will erfahren haben, der Papst habe Wilson gebeten, es möge darauf hinwirken, daß die Forderung des Heiligen Stuhls betr. Freiheit des Kirchenstaats von allen Staaten anerkannt werde.

Opposition Japans?

Berlin, 1. Febr. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erzählt, erregte die Erklärung der japanischen Vertreter bei der Beratung der Kolonieverteilung, Japan seien die Wilson'schen Bedingungen nicht mitgeteilt worden und es werde sich auch nicht daran halten, die größte Ueberraschung. Man glaubt, daß Japan dem Beitritt zum Völkerbund ablehnen werde.

Gegen den Bolschewismus.

Budapest, 1. Febr. Das französische Oberkommando für Ungarn hat verfügt, daß Teilnehmer an bolschewistischen Aufständungen und Blünderungen strafweise nach dem französischen Sudan (Afrika) verschickt werden sollen.

Washington, 1. Febr. Die Senatskommission, die mit der Beaufsichtigung der Propaganda beauftragt ist, empfiehlt eine Gesetzesvorlage für die bolschewistische Propaganda dieselben Strafen einzuführen, wie für den Landesverrat und für die Verhöhnung gegen die Republik.

Auch die Schweiz protestiert.

Bern, 1. Febr. Der Bundesrat hat eine Protestnote beschlossen gegen die ungeredhtfertige, dem Völkerrecht zuwiderlaufende Zurückhaltung der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg. Die Note wird sämtlichen Regierungen zur Kenntnis gebracht werden.



Ausland in England.

Glasgow, 31. Jan. (Reuter.) Die Polizei ging gestern abend wiederholt mit Knütteln gegen die Menge vor, um sie vom Rathaus zu vertreiben. Steine wurden geworfen. Die Fenster in den Hauptstraßen wurden zertrümmert. Die Maschinen der Londoner Betriebe beschloffen, die Arbeit am 6. Februar niederzulegen, bis die 40stündige Arbeitszeit bewilligt sei.

London, 1. Febr. Der Vorsitzende des Streikkomitees in Glasgow wurde unter Auflage der Aufstufung zum Aufstand verhaftet. Bürgerhaft wurde abgelehnt. Bei den Unruhen wurden insgesamt 53 Personen verwundet. Der Streik der 3000 Mechaniker in Rosyth und der ihnen angeschlossenen Arbeiterkategorien wurden beigelegt.

Paris, 1. Febr. Der Vorkaufsantrag der Eisenbahner und der Eisenbahngewerkschaften unterzeichneten ein Sonderabkommen betreffend den Achtstundentag.

Allgemeine Dienstpflicht in Amerika.

Washington, 31. Jan. (Reuter.) Der Gesetzentwurf, der die Einführung einer „allgemeinen obligatorischen Wehr“ von nicht mehr als Jahresdauer für alle Männer von 19-26 Jahren als dauernde Einrichtung anordnet, ist beim Senat eingebracht worden.

Achtstundentag in Amerika.

Newark, 1. Febr. (Reuter.) Die Leitung der Textilarbeitergewerkschaft hat ihre Mitglieder, deren Zahl annähernd 1 Million beträgt, angewiesen, am Montag, ungeachtet des Widerspruchs der Arbeitgeber, den 8-Stundentag einzuführen. Die Textilarbeiter in den Neuenland-Staaten treten am Montag in den Streik, obgleich die Arbeitgeber eine Bezahlung für 59 Stunden bei 48-stündiger Arbeitszeit in der Woche gewährt.

Kein Anstausch?

Madrid, 1. Febr. Ministerpräsident Romanones erklärte einem Zeitungsvertreter gegenüber, die Nachricht, daß England Gibraltar zum Austausch gegen Ceuta angeboten habe, sei nicht zutreffend.

Neue Steuerungsulage.

Karlruhe, 1. Febr. Die vork. Volksregierung hat der bad. Nationalversammlung eine Vorlage betr. eine neue einmalige Steuerungsulage für Februar an staatliche Beamte, Lehrer und Arbeiter zugehen lassen, die von 100 bis 500 Mark für Gesamteinkommen von 5000 bis 4000 Mk. (einschl. der bisherigen laufenden Zulagen) ansteigt. Ledige Beamte erhalten die Hälfte, für jedes Kind erhöht sich die Zulage um 10 Prozent. Auch Pensionäre werden berücksichtigt. Zur Bedingung wird ein Zuschlag zur Einkommen- und Vermögenssteuer und die Erhöhung der Personen- und Gütersteuer vorgeschlagen.

Oldenburg, 1. Febr. Der seitherige Präsident der Republik Oldenburg und Ostfriesland Gerolf Kuhn (Radikaler) hat sich nach einer Unterredung mit dem Mitglied der Berliner Regierung Koffke, veranlaßt gesehen, in längerem Urlaub zu gehen.

Württemberg. Landesversammlung.

Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Stuttgart, 1. Februar.
In Veran der heutigen neunten Sitzung verlas Prof. Kell in Hebrer-Stimmung mit sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, folgenden Protest:
Die gesessenen Landtagsversammlung als die aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung des völk. Volkes ist den Gesetzen der besten Gerechtigkeit und der wachsenden Empörung über die schändliche Vergewaltigung, die das deutsche Reich seit den Wille-Handelsverhandlungen

erfahren hat. In diesem Vertrauen auf die 14 Punkte des Wilsonschen Programms niedergelegten Grundriss, in denen ein dauerndes friedliches Zusammenleben der Völker festgelegt und Ziel war, hat Deutschland um einen Waffensstillstand gebittet. Es hat alle ihm auferlegten Bedingungen, auch die drückendsten, in unwilliger Weise erfüllt, soweit sie überhaupt erfüllbar waren. Trotzdem bringt jeder Tag neue Verstärkungen der Waffensstillstandsbedingungen und neue Uebergriffe des Feindes, die ebensoviel Verstärkungen der Wilsonschen Grundriss darstellten. Wenn die Friedensbedingungen von dem gleichen Geiste des Siegesübermutes diktiert werden, so wäre dies eine nie zu lösende Schmach aus dem Namen großer Völker, eine Verächtlichmachung der Gerechtigkeit und des guten Glaubens im Eden der Menschheit. Dann würde unser heutiges Land des Herrerguts und unser Volk der Fronsklave unserer Feinde, in sein Herz aber würde die fürchterliche Saat des Volkshasses gesät, die neue Kämpfe, neue Kriege und den Untergang der europäischen Kultur notwendig erzeugen muß. In dem Kampfe gegen die drohende Vergewaltigung stellt sich die Landtagsversammlung und das württembergische Volk geschlossen hinter die Reichsregierung und die Nationalversammlung. Sie fordert beide auf, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbehauptung auf Freiheit und auf ein eigenes wirtschaftliches und geistiges Leben bei den Friedensverhandlungen mit allen Kräften zu verteidigen, die durch einseitige Unterdrückung in einem großen Maße wachgerufen werden können. Die württembergische Landtagsversammlung ruft die Stimme der Gerechtigkeit der ganzen Welt für den verschunden Frieden der Gerechtigkeit auf, dessen die gequälte Menschheit bedarf.

Die Erklärung wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wird die

Beratung des Verfassungsentwurfs

fortgesetzt. Abg. Dr. von Hieber (D. d. V.): Deutschland ist in den glanzvollsten Zeiten seiner Geschichte ein Föderativstaat, kein Einheitsstaat gewesen. Aber die scharfe einheitliche Zusammenfassung aller nationalen Kräfte ist ein unabdingbares Erfordernis unserer ganzen Existenz. Wir wollen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bleiben. Wir werden niemals dulden, daß die Feinde auch den deutschen Staat zerstückeln. Wir wünschen vielmehr, daß der deutsche Einheitsstaat sich erweitern und die Zuständigkeit des Reichs sich auf weitere Gebiete ausdehnen als heute. Man wird es dem König danken, daß er stets ein Verhängnis für die freiheitliche Entwicklung des Volkes gewesen ist. Im Verfassungsentwurf ist gegen die Gefahr einer einseitigen Parteiherrschaft oder Parteikonstellation, oder alten starken Besitz der Parteien die Möglichkeit einer Auflösung des Landtags eingeführt. Der Ministerpräsident muß das Bestreben haben, möglichst alle Parteien an der Regierung teilnehmen zu lassen; dadurch aber wird er in seinen Entscheidungen weniger frei sein. Unter diesen Umständen erhebt sich die Frage, ob nicht ein besonderer Staatspräsident zu bestellen wäre, der über dem Landtag steht und ein Gegengewicht gegen Ministerium und Landtag darstellt. Wenn unsere Nachbarstaaten Bayern und Baden sich dafür entscheiden sollten, dann darf Württemberg nicht zurückbleiben. Wir halten das Referendum für einen sehr fruchtbareren Vorschlag, weil dadurch der Volkswille zweifelsfrei festgestellt wird als durch Wahlen; es hat sich aber auch oft schon als Hemmung eines wirklichen Fortschritts erwiesen; die Voraussetzung des Referendums ist eine sehr gute Presse. In Schiller's Reichthum auf dem Gebiete der Sozialisierung werden wir uns nicht degradieren lassen. Wir müssen aus der Restauration herauskommen. Ein engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß zwischen Württemberg und Baden sollte erwogen werden. Dadurch ließen sich große Vorteile in Beamten- und Staatsorganisationsfragen erzielen. Das gesamte politische Leben wird eine Entlastung erfahren, wenn wir die zeitigste Frage aus dem politischen Treiben ausschalten. Die Entlastung der Kirche wird der Religion erhebliche Vorteile bringen. Der Kirche soll nach der Scheidung eine Rente ausgesetzt und sie bis dahin aus der Staatskasse unterhalten werden. Wenn man zu einer ganz persönlichen Trennung von Staat und Kirche kommen will, ist die Konsequenz, daß der Staat den Religionsunterricht der Kirche als staatliche Einrichtung überhaupt aufhebt. Wir treten für Beibehaltung des Religionsunterrichts ein. Wegen der völligen Trennung von Staat und Kirche und Aufhebung des Religionsunterrichts seien in Belgien die meisten Schulen kirchenspezifisch. Belgien sei ein Musterbeispiel dafür, wie man die Schulgesetzgebung nicht machen sollte. Wenn man den Moralunterricht deshalb einführen wolle, damit die Bürger nicht gegen die Befehle verstoßen, so sei das ungründlich, und man schaffe damit einen Unterrichtsgegenstand, der kein nützlicher, sondern ein zweifelhafter Erfolg sei, der kein Gegengewicht darstelle gegen einen mit innerer Ueberzeugung erteilten Religionsunterricht und er würde die heranwachsende Jugend aufs äußerste langweilen. Es gibt keinen Moralunterricht, der nicht irgendein im Zu-

ammenhang mit einer Weltanschauung steht. Der Staat zerfällt dadurch die einheitliche Gestaltung eines Schulwesens. Zu betrachten ist die Einführung des Ministerpräsidenten, das grundsätzliche Änderungen in Kirchenfragen von der schließlichen Landtagsversammlung nicht vorgenommen werden sollen. Staatsmännlich wäre es ein Fehler, wenn wir auch diese Frage als neues Kampfgebiet uns aufhalten würden. Das gäbe einen Kulturkampf, gegenüber dem der Kulturkampf der 70er und 80er Jahre ein Kinderpiel gewesen sei. Im heftigen Volkshatungswesen ermache eine Fülle von Aufgaben. Je freier unsere Verfassung ist, um so gebildeter muß ein Volk sein. Sonst werde auch die freieste Verfassung nicht ein Segen, sondern ein Unheil. Wir erkennen in dem Entwurf eine wohlgegründete Grundlage für die Weiterberatung.

Abg. Holz (Z.) spricht sich gegen die Soldatenräte aus. Es frage sich, ob das Volk schon so reif ist, daß es in schwierigen politischen Fragen durch ein Referendum das höchste Urteil treffen könne. Wenn einem Staatspräsidenten das Recht zur Landtagsauflösung eingeräumt werden sollte, so steht dies im Widerspruch zu der Volkssouveränität und Parlamentarismus. Wir sind für die Beibehaltung der schwebenden Eigenart, jedoch unter Aufrechterhaltung des Gedankens eines härteren Reichs; eine Verminderung der Bundesstaaten in Deutschland ist wünschenswert. Wir haben die lebhaftesten Bedenken gegen die Beibehaltung des 20. Lebensjahres als Wahlalter, und halten das 21. Lebensjahr für das Mindestmaß. Das Wahlrecht der Nichtwürttemberger sollte aus dem Entwurf entfernt werden. Wir würden auch, nach dem Vorschlag Hiebers, für eine 5jährige Landtagsperiode stimmen. Das Föderalrecht muß abgeschafft werden, das Föderalrecht gut nur dann, wenn das Gut unwirtschaftlich betrieblen wird. Bei der Sozialisierung müssen Auswäse und Ausbeutungsmöglichkeiten ummöglich gemacht werden; Staatsaufsicht über monopolartige Betriebe ist notwendig. Die Trennung von Staat und Kirche und die Verweltlichung der Schule lehnen wir ab und fordern die Unterrichtsfreiheit. Von einem Staatskirchenrat wollen wir nichts wissen. Warum soll der Lebensversicherungsbereich abzurufen sein? Der Scheidung des Kirchenvermögens können wir nur zustimmen, wenn die Rentenversicherung angewiesen ausfällt. Die Kosten der Unterhaltung großer Kirchen (Weingärten, Wäldchen, Zwickelgärten) in kleinen Gemeinden kann der Staat auf diese nicht allein abwälzen. Kinder einer Religionsgemeinschaft sind zum Besuch des Religionsunterrichts zu verpflichten. Der Satz: „Das Schulwesen untersteht nur der Aufsicht des Staats“ sollte aus dem Verfassungsentwurf entfernt werden.

Abg. Dr. Schott (D. d. V.): Die Mitarbeit bei dem Zusammenkommen des Entwurfs werden wir nicht ablehnen, nicht der Regierung, sondern dem Volk zuliebe. Das parlamentarische System birgt große Gefahren in sich. Der Regierung sollte ein Staatsrat an die Seite gestellt werden, damit die Widerkraft des Volkes gefühlt wird. Die Erste Kammer als Kontrollorgan sollte beibehalten werden und zwar als berufliche Interessensvertretung; die demokratisch regierten Staaten England, Frankreich, Amerika, Schwiz, haben das Zweikammersystem eingeführt. Der Gedanke der Einführung eines Staatspräsidenten erscheint empfehlenswert. Zur Prüfung des Wahlergebnisses ist nicht der Landtag zuständig, sondern der Staatsgerichtshof. Den Bestrebungen nach Berufsständlichkeit für den Württemberg und Gewerbebestand unangenehm fühlbar machen würde, stehen wir entschieden entgegen. Wir wünschen, daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in gerechter, stiller und wohlwollender Weise erfolgt. Das große Kirchengebäude vom Staat zu unterhalten sind, dafür liegt ein allgemeines kulturelles Bedürfnis vor.

Abg. Crispian (U.S.P.): Die Gesetzmacherei der Regierung kann niemand imponieren. Wir lehnen den „Volkshat“ ab und fordern die „Einführung der Gesellschaft“. Die erste Aufgabe des Staats wäre die allgemeine Befreiung der Produktionsmittel, die Durchführung der Arbeitspflicht für alle Menschen, die gerechliche Regelung der Lohnfrage für alle Arbeitenden. Wir wollen versuchen, mit Hilfe der großen sozialdemokratischen Fraktion mäßig; sozialdemokratische Grundzüge in die Verfassung hereinzubringen. Das Kastenwesen werden Sie niemals los werden; das Volk wird an ihm festhalten. Die breiten Massen haben das Recht, auf die Straße zu gehen. Wir wollen die Trennung von Staat, Kirche und Schule. Doch man als Kultminister für die Religion eintritt, kann ich nicht verstehen; ein solcher Kultminister sollte der Zentrumspartei als Mitglied beitreten. Die Verfassung entspricht nicht den sozialdemokratischen Anforderungen.
Der Antrag, den Entwurf an einen Ausschuss von 24 Mitgliedern zu verweisen, wird hierauf angenommen und der Ausschuss durch Jaraß genehmigt. Schluß der Sitzung 8 Uhr.
Der Verfassungsausschuss hat zu seinem Vorsitzenden den Abg. Dr. Hieber, zu dessen Stellvertreter den Abg. Walter (Jenit.) gewählt. Der Ausschuss wird sofort mit seinen Beratungen beginnen.

Leserbriefe

Sei mild bei meines Nächsten Fehle,
Doch streng bei eigenem Seile;
Versteh' dein Herz dem Weltstimmeln;
Doch halt' es offen für den Himmel.

Rote Rosen.

Roman von O. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Graf Rainer hatte es wohl bemerkt, und es zuckte um seinen ausdrucksvollen Mund, als wollte er sagen: „Wie lange wird es noch dauern, bis sie es verstehen hat, an mich als an Oskel Rainer zu denken?“
Er hatte lächelnd den beiden jungen Leuten zugehört, und er freute sich an Jostas Munterkeit. Aber er mußte auch denken, wie schade es sei, daß er nicht mehr so jung und lebhaft wie Henning sein konnte. „Du bist doch wohl zu alt für Josta, zu alt und zu ernst. So wie Henning mühte ich sein, dann würde sie mich lieben können“, dachte er.
Als er sich dieses Gedankens bewußt wurde, erschauerte er über sich selbst und zwang sich, an etwas anderes zu denken.
Josta zog ihn jetzt mit ins Gespräch.
„Nicht wahr, Rainer, du wirst mir in Bamberg ein Reizfeld halten und recht oft mit mir austreten?“ sagte sie lächelnd.
Da vergaß er alles, was ihn bedrückte. Er sah in Jostas strahlende Augen und sah ihre Hand, um sie zu fassen.
„Alles sollst du haben, was du dir wünschst, Josta. Und du wirst mir stets eine Freude machen, wenn du mir einen Wunsch ausspricht. Und nichts wird mir lieber sein, als wenn du mich recht oft auf meinen Ritten begleitest mich.“ Dann wird es sein

Unter seinen leuchtenden Blicken wurde sie rot und zog ihre Hand hastig zurück.
„Dann darfst du hoffentlich zuweilen der Dritte im Bunde sein, wenn ich meinen Urlaub in Bamberg verbringe. Ich warte nämlich nicht ab, bis Sie mich einladen, liebe Josta, sondern lade mich gleich selbst ein.“
Jostas sah ihn freundlich und herzlich an.
„Du denke doch, Sie sind in Bamberg zuhause, Henning. Du bedarfst es keiner Einladung, nicht wahr, Rainer?“
Dieser nickte ihr lächelnd zu. „Und ich aller bestürzenden Gedanken entschlagend unwortete er: „Das weiß Henning natürlich selbst, Josta; aber er möchte es wohl auch von dir hören.“ — „Es geht aber wirklich nicht, daß ihr euch länger das geschwisterliche Du vorenthaltet. Ihr müßt Brüderschaft trinken.“
Henning sprang sofort auf. Seine Augen leuchteten, als käme ihm dieser Vorschlag so recht aus dem eigenen Herzen. Er trat neben sie und hielt ihr sein gefülltes Glas entgegen.
„Auf Du und Du, liebreizende Schwägerin.“
Josta ließ lächelnd ihr Glas an das seine klingen und tat ihm Bescheid. Er leerte das seine bis auf den Grund. Und dann sagte er mit strahlenden Augen: „Und nun den Bräutigam, Josta. Ich grüße dich als mein geliebtes Schwesterlein!“
Mit diesen Worten umfaßte er sie und drückte seine Lippen auf die ihren.
Unabhängig ließ das Josta geschehen. Gegen Henning sah wehete sie sich nicht, wie gegen den Rainers. Aber Henning ließ das Blut heiß in die Stirn, als er Josta in seinen Armen hielt und ihre Lippen berührte. Ein seltsames Gefühl durchzuckte ihn plötzlich, und hastig und unsicher trat er von ihr zurück auf seinen Platz.
Zwei Augen hatten diese Szene scharf beobachtet, zwei Augen, denen nicht das geringste dabei entging. Das waren Gräfin Gerlindes Augen. Graf Rainer war in diesem Augenblick von dem Minister in Anspruch genommen worden und hatte weder die gedrückte Stirn, noch das hastige, unsichere Wesen seines Bräutigams bemerkt.

Im Wald im Herdes Herzen wurde aber bei dieser Besprechung eine wilde Freude auf. Sie sah aus, daß Graf Henning, auf seinem Platz angekommen, einen Moment wie geistesabwesend vor sich hinstarrte. Aber vergeblich forschte sie bei Josta nach einem Zeichen der Erregung oder Unruhe.
Gräfin Gerlinde ließ ihre Augen nicht von Josta und Henning, als wollte sie mit ihren verborgenen Wünschen Macht über sie gewinnen.
Rach Tisch, als man sich in ein anderes Zimmer begeben hatte, trat Gräfin Gerlinde vertraulich zu Josta heran, und ihren Arm um sie schlingend, sagte sie mit ihrem süßesten, sanftesten Lächeln:
„Das ist ein reizender Abend, liebe Josta. Ich freue mich so herzlich, daß wir uns kennen gelernt haben und kann nun die Zeit kaum erwarten, bis du nach Bamberg kommen wirst. Ich habe dich gleich vom ersten Augenblick an lieb gewonnen. Wir wollen treue Freundinnen werden und uns gegenseitig volles Vertrauen entgegen bringen, nicht wahr?“
Josta dachte bei sich, daß es ihr unmöglich sein würde, Gerlinde etwas anzuvertrauen, was sie nicht jedem Menschen würde sagen können. Sie kam sich dieses Gedankens wegen ganz unbehaglich vor und hätte ihn gern offen, wie es sonst ihre Art war, ausgesprochen. Aber da sah sie die Augen ihres Bräutigams mit freudigem Ausdruck auf sich und Gerlindes ruben.
„Er freut sich, daß wir so vertraulich zusammenkommen“, dachte sie. Und da war es ihr unmöglich, anders als freundlich zu ihr zu sein.
„Es wird mich sehr froh machen, Gerlinde, wenn wir einander so vertrauen lernen. Aber ich bin im Grunde eine so wenig mittelbare Natur. Du wirst Geduld mit mir haben müssen.“
Mit fast schmerzhaftem Ausdruck zog die Gräfin Josta an sich.
Das wird sich bald finden. Du wirst gar nicht anders können, wenn wir erst einander näher kennen gelernt haben.“

Fortsetzung folgt.



Amtliches.

Oberamt Nagold.

Die Fleischverorgungsstelle für Württemberg u. Hohenzollern, Verwaltungsabteilung, Stuttgart, hat mit Wirkung vom 3. Febr. 1919 ab die Stückzuschläge der Nutzviehhändler für ihre Bewähungen einschließlich sämtlicher Auslagen erhöht, nachdem für den Umsatz von Nutz- und Zuchtvieh jetzt auch Umsatzsteuer in beträchtlicher Höhe (5 % von 1000 M) entrichtet werden muß u. die Futterpreise, Löhne und sonstigen Unkosten in der letzten Zeit bedeutend höher geworden sind.

Es gelten vom 3. Febr. 1919 ab deshalb folgende Stückzuschläge:

1. Bei der Wiederüberführung an einen Viehhalter seines Bezirks darf der Nutzviehhändler für seine Bewähungen einschließlich sämtlicher Auslagen zu dem von ihm bezahlten Kaufpreis höchstens nachfolgende Stückzuschläge erheben:

bei einem Kaufpreis bis zu	500 M	höchstens	25 M
von 501—1200			35
von über 1200			45

Bei Wiederüberführungen an einen anderen Nutzviehhändler darf der verkaufende Händler als Stückzuschlag erheben:

bei einem Kaufpreis bis zu	500 M	höchstens	25 M
von 501—1200			35
von über 1200			45

2. Der Nutzviehhändler darf von den Tieren, welche er von einem anderen Nutzviehhändler gekauft hat, bei der Abgabe an Viehhalter seines Bezirks erheben:

- den von ihm bezahlten Kaufpreis,
 - den von ihm an den ersten Nutzviehhändler bezahlten Zuschlag,
 - die ihm erwachsenen notwendigen Eisenbahnfrachtauslagen (bei einseitiger Beförderung mehrere Stücke unter verhältnismäßiger Verteilung auf die einzelnen Tiere),
 - für sich einen Stückzuschlag von höchstens 25 M bei einem Kaufpreis bis zu 500 M, 30 M von 501—1200 M, 35 M von über 1200 M.
- Nagold, den 31. Januar 1919. Münz A. B.

Landesnachrichten.

Altensteig, 8. Februar 1919.

Medizinische Fakultät Tübingen. Das vor 50 Jahren erteilte Diplom wurde erneuert für Karl Hausmann, Dr. med., Sanitätsrat in Wildbad.

Uebertreten wurde eine händliche Lehrstelle in Calmdach O. A. Neuenbürg dem Hauptlehrer Albet in Dietigheim; Calw dem Hauptlehrer Schid in Lehenweiler O. A. Bödingen; Göttingen an der Volkshochschule dem Hauptlehrer Juff in Schwabensberg; Engstlatt O. A. Balingen dem Unterlehrer Kläger in Gbhausen (seitlich in Zaitersweiler O. A. Maulbronn); Mühlhausen O. A. Calw dem Unterlehrer Wilhelm Straub in Wönnenden; Neuensteig dem Stellvertreter Karl Schumacher in Pfüllingen; Mühlhausen dem Hauptlehrer Jemisch in Wildbad (seitlich in Bodnang); Oberrot O. A. Gaildorf dem früheren Oberlehrer Oberbach in Gbhausen; Oberschwandorf dem Unterlehrer Christian Bahlinger in Unterjesingen; Rommelshausen O. A. Cannstatt dem Hauptlehrer Berg in Effringen.

Der Paketverkehr nach den von den Franzosen besetzten badischen Orten Rehl, Rott, Rheinböschheim, Neuenheim, Amt Rehl, Bodersheim, Dersheim, Regeleburg, Lentersheim, Ring Marlen, Sundheim Baden, Wilschatt Amt Rehl und Neuenheim Amt Offenbürg ist gesperrt.

Ferien. Nach einer Anordnung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen finden die Frühjahrsferien vom 12. bis 30. April, die Pfingstferien vom 7. bis 11. Juni, die Sommerferien vom 26. Juli bis 9. September, die Weihnachtsferien vom 24. Dezember bis 7. Januar einschließlich statt.

Zur Getreideversorgung. Von den württ. Kommunalverbänden ist nur etwa die Hälfte und zwar die weniger dicht bewohnten, in der Lage, sich selbst mit Getreide zu versorgen. Von der anderen Hälfte sind nicht weniger als zwei Drittel vollständig auf fremde Versorgung angewiesen, während das letzte Drittel wenigstens noch einen Zuschuß braucht. Im letzten Wirtschaftsjahr lieferte Preußen nach Württemberg allein an Mehl 232.000 Doppelzentner. Kechnlich liegen die Verhältnisse bei der Versorgung mit Kartoffeln weit über die Hälfte der Bewohner des Landes sind mit Kartoffeln zu versorgen, während nur etwa die Hälfte der Kommunalverbände sich selbst versorgen und einen mäßigen Ueberschuß abgeben kann. An der erheblichen Zufuhrung ist, wie der „Schw. Merkur“ mitteilt, Preußen hervorragend beteiligt.

Gaushaltung. Die „Tägl. Rundschau“ hatte vor kurzem gemeldet, die Reichsregierung wolle die Gaushaltungen nach Vorräten durchsuchen lassen. Halbamtlich war diese Meldung als eine Warnung gegen die Regierung erklärt worden. Nun berichtet aber die „Woff. Hg.“, daß tatsächlich bestimmte Höchstmengen für Gaushaltungsvorräte vorgeschrieben werden sollen und zwar: Mehl 2 Pfund, Hülsenfrüchte 3 Pfund, Speisefett 1 Pfund, Butter 3 Pfund, Eier 6 Stück. Wo über diese Mengen hinaus Vorräte gefunden werden, werden sie auf die Lebensmittelkarte bis zur Höchstmenge von 10 Wochen angerechnet. Was darüber hinausgeht, wird beschlagnahmt.

Regeln über die Verwendung von Dörrgemüse. Dörrgemüse ist vor dem Kochen mindestens 6 Stunden einzuweichen. Dörrgemüse ist dem Verstauben ausgesetzt; es fordert daher eine gründliche Abspülung mit kaltem Wasser vor dem Einweichen. Das zum Einweichen

zurückbleibende Wasser soll man nicht fortzuschütten, sondern beim Kochen mitverwenden. Auf 50 Gr. Dörrgemüse rechnet man beim Einweichen 1 Liter (lauwarmes) Wasser. 30—40 Gr. Dörrgemüse reichen für eine Person. Für die Gemüsesuppe rechnet man als Portion die Hälfte. Dörrgemüse ist besonders geeignet für ein Weichkochen in der Kochliste. Ansochzeit 5 Minuten. Kochdauer in der Kochliste 2—3 Stunden. Man bereitet Dörrgemüse wie frisches Gemüse zu. Es läßt sich mit frischem Gemüse mischen, doch muß das Frischgemüse und das Dörrgemüse vor dem Mischen fertiggekocht sein.

Martinsmoos, 30. Jan. Am 28. Januar hielt Herr Oberamtsbauwart Widmann von Calw im hiesigen Rathaus einen interessanten Vortrag über Obstbaumpflege. Er wies dabei insbesondere auf die Wichtigkeit des Obstbaus hin, einem in mehr als einer Hinsicht so wichtigen Betriebszweig der Landwirtschaft. Jetzt ist es die Pflicht eines jeden Baumlesers, den Obstbäumen, die während des Krieges so sehr vernachlässigt wurden, die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und ihren Ertrag zu steigern. Herr Widmann sprach u. a. über Neuanpflanzung, Beschneiden, Umräumen, Düngen, und über die Sortenwahl. Er richtete einen warmen Appell an die Jünglinge, als Andenken an die schwerste Zeit des deutschen Reiches Erinnerungsbäume zu pflanzen. Herr Schultheiß Schauble dankte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. Wir wünschen, daß noch mehr derartige Vorträge in unseren Waldgemeinden abgehalten werden.

Freudenstadt, 1. Febr. Mit dem heutigen Tag wird die Bahnhofrestauration Hauptbahnhof Freudenstadt, welche seit Mitte November geschlossen war, wieder eröffnet. Herr Kurz, bisher Hotel Krone, hat den Betrieb der selben übernommen.

Wildbad, 31. Jan. In Sprollenhaus sind dem Kronenwirt 1500 M gestohlen worden. Der Dieb stoh ins Badische, wurde aber im Purgtal bei Forbach erwischt. Ein Teil des Geldes wurde ihm wieder abgenommen. Einige Hundert Mark hatte er schon in Wein aufgehen lassen. Dies wurde ihm zum Verhängnis.

Stuttgart, 1. Febr. (Rundgebung.) In einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Saal des Kunstgebäudes, in der Geh. Kommerzienrat Hägele, Amtmann Dr. Schwammberger und Abg. Konrad Hausmann sprachen, wurde eine Entschließung gefaßt, in der Anklage erhoben wird gegen die Fortsetzung der repressiven Hungerblockade, die im Widerspruch mit dem von Deutschland im Jahre 1917 betätigten Grundgesetz der Menschlichkeit steht, gegen die völkerrechtswidrige Zurückbehaltung der Gefangenen, gegen den Raub der deutschen Kolonien, gegen die verächtliche Vergeßlichkeit des Selbstbestimmungsrechts des Volkes im Westen und Osten. Von der Reichsregierung und der Nationalversammlung wird eine entschlossene und geschlossene Politik verlangt, die sich auf den Standpunkt eines gerechten Völkerbundes stellt und die geplante Vergeßlichkeit der Gerechtigkeit brandmarkt.

Stuttgart, 1. Febr. (Arbeitslose.) Die Zahl der Arbeitslosen in Stuttgart hat sich seit dem 18. Januar von 8785 auf 10.963, und zwar 7864 Männer und 3099 Frauen erhöht. Darunter sind u. a. 1542 Kaufleute, 288 Techniker. Unter den Frauen sind 350 kaufmännische Hilfskräfte.

Elwangen, 1. Febr. (Die Unteroffizierschule.) Der Kommandeur der Unteroffiziersvorbildungsanstalt Elwangen, Hauptmann Kbleiter teilt mit, daß diese Anstalt ihren Dienst auch weiterhin in vollem Umfange beibehalten wird. Etwas gefallener Kriegsteilnehmer sollen bevorzugt werden. Die endgültige Entscheidung über den Fortbestand der Anstalt ist der Nationalversammlung vorbehalten.

Bödingen, 2. Febr. (Bedrohung.) Nicht nur die Wilderei, sondern auch der Viehdiebstahl ist in Blüte. Die Forstbeamten sind ihres Lebens nicht mehr sicher. In Dettlenhausen hatte es Hundsdurchschüssen aus den angegebenen Gründen gegeben. Darauf wurden zwei Forstbeamte am hellen Tage mitten im Ort bedroht. Die Frau eines Forstwarts, der noch im Lazarett liegt, nachdem er sich die ganze Kriegszeit hindurch im Felde ausgezeichnet und das Eisenerz Kreuz 1. Klasse erworben hatte, wurde mitten in der Nacht in ihrem Hause überfallen. Ein Keil schlug mit einem Infanteriegewehr die Fenster ein und versuchte die Haustür zu zertrümmern. Bewaffnete Nachbarn vertrieben das Schlingensiefel.

Herrenberg, 1. Febr. (Die Pressefreiheit.) Der hiesige Arbeiterrat hatte am 26. Januar eine Besammlung einberufen, um gegen die Haltung des Amtsblatts „Gau- und Ammeralbote“, das am 1. Januar in den Besitz des Abg. Th. Körner übergegangen war, Stellung zu nehmen. Oberamtmann Käufer erklärte, es bestehe volle Pressefreiheit und man könne der Redaktion keine Vorschriften über ihre politische Haltung machen. Nach längerer Aussprache wurde von der Mehrheit die Erklärung beschlossen, es werde von den Behörden erwartet, daß, wenn das Amtsblatt seine (revolutionärschändliche) Haltung nicht ändere, der Einwohnerchaft Herrenbergs die amtlichen Bekanntmachungen auf andere Weise zugänglich gemacht werden.

Calw, 2. Febr. (Eine Extrarevolution.) Um Klagen über angeblich ungenügende Lebensmittelverteilung vorzubringen, zog eine Anzahl Männer und Frauen auf das Oberamt, beschimpften die Kommunalbeamten, stießen Drohungen gegen die Beamten des Oberamts aus und benahmen sich gegen den Oberamtsvorstand in ungehöriger Weise. Es kostete große Mühe, die Leute zu beruhigen. Sie erhielten die Zusage, daß ihre Beschwerde untersucht werde.

Schweningen, 1. Febr. (Unsere Jugend.) Gestern mittag wurde ein Mädchen auf dem Wege zur Fabrik ohne jede Veranlassung von einem Arbeiter

in die Hand gestochen. Leider konnte der Tule an. Jannst eintreffen.

Spaichingen, 2. Febr. (Kriegerehrung.) Die Firma Gustav Böhle hat unter die aus dem Feld zurückgekehrten Arbeiter 14.000 M. verteilt.

Beuron, 1. Febr. (Rascher Tod.) Oberförster Reßle lehrte von einem Pirschgang auf Wildbische nicht mehr zurück. Man fand ihn auf dem Felde in der Nähe von Irrendorf als Leiche vor. Vor zwei Jahren hat am gleichen Tage Oberförster Dopfer in Beuron gleichfalls einen Schlaganfall erlitten.

Stuttgart, 2. Febr. (Verbindung Stuttgart-Weimar-Berlin.) Zur Herstellung einer Schnellzugverbindung zwischen Stuttgart-Weimar-Berlin wird vom 5. Februar ab ein Zug D 147 (Stuttgart ab vorm. 6.48, Berlin an 8.10 abends) und ein Zug D 148 (Berlin ab 10.07 vorm., Stuttgart an 11.30 abends) ausgeführt. In Cannstatt, Schorndorf und Gmünd hält D 147 nur zum Einsteigen, D 148 nur zum Aussteigen. Infolge der Einschaltung dieser Züge verändert sich der Fahrplan einiger Personenzüge der Strecken Stuttgart-Kalen und Stuttgart-Bachang, sowie Ulm-Kalen.

Vom Bodensee, 1. Febr. (Hochwassergefahr.) Die Anwohner vom Bodensee, Untersee und Rhein haben sich für das laufende Jahr auf Hochwasser gefaßt zu machen, wenn Frühjahr und Vor Sommer nicht ungewöhnlich trocken ausfallen. Der Wasserstand ist jetzt schon so hoch wie noch selten, und das gilt als ein schlimmes Zeichen. Der Pegelstand in Romanshorn ist gegenwärtig 3,50 Meter, während der normale für diese Jahreszeit wenig über 3 Meter beträgt und in den Jahren 1898 und 1909 nur 2,57 und 2,55 abgelesen wurden. Im letzten Hochwasserjahr 1916 war der Pegelstand im Januar 3,37.

Die Deutschen in der Ukraine.

Der Vorsitzende des Vertrauensrats der deutschen Kolonisten aus dem Schwarzmeergebiet, Pastor Winkler, ist von einer Reise in die Ukraine und nach Odessa zurückgekehrt und berichtet, daß die deutschen Kolonisten in der Ukraine sich im großen Ganzen wohl befinden und bisher unter dem Bürgerkrieg verhältnismäßig wenig gelitten haben. Nur im Gouvernement Jekaterinoslaw haben Räuberbanden Besitz und Leben der Kolonisten schweren Schaden zugefügt. Es sind viele Morde vorgekommen. Pastor Winkler hat von seiner Reise über 1000 Briefe meist an Angehörige der 7. Württ. Landw.-Division mitgebracht, die inzwischen schon den einzelnen Angehörigen zugestellt worden sind. Nach seinen Mitteilungen geht es den Truppen gut. Sie sind gut untergebracht und der Gesundheitszustand ist gleichfalls befriedigend. Stimmung und Disziplin sind gut. Bei den jetzigen Beförderungsverhältnissen können die Leute nicht auf dem Landweg in die Heimat abtransportiert werden; sie warten, bis Schiffe von Hamburg sie abholen. Pastor Winkler fährt in etwa 14 Tagen wieder in die Ukraine und ist bereit, Briefe an die Angehörigen der württ. Formationen mitzunehmen. Solche Briefe können bei der Abteilung 18 des Roten Kreuzes, Stuttgart, Königsstr. 15 p. abgegeben oder dahin übersandt werden; die Abteilung übermittle sie Herrn Pastor Winkler.

Gerihtsjaal.

Stuttgart, 1. Febr. (Strafkammer.) Der schwer verurteilte 36 Jahre alte Uhrmacher August Brandea aus Biffen bei Heilbronn wurde unter dem Vorzeichen, er sammle für die Bajer Mission, erhebliche Beträge und verübte dabei gelegentlich in den Wohnungen Diebstähle. Brandea wurde 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus erteilt. — Dem 29 Jahre alten Schützegehilfen Karl Kling aus Straßburg war aus Grund der Amnestie ein großer Teil einer sechsjährigen Zuchthausstrafe erlassen worden. Als bald verlegte er sich wieder aufs Stehlen und erwarbete einem hiesigen Meister 400 Mark. Strafe: 1 Jahr Zuchthaus.

Als selbiger Meister trieb sich über ein halbes Jahr der 20 Jahre alte Tagelöhner Friedrich Kuf aus Baden unter dem Schutze der Uniform im Lande herum. In der ganzen Zeit lebte er von Diebstählen. In dem 63 Jahre alten Wirt Jakob Stahler trieb er einen zuverlässigen Vorkämpfer für alles. Kuf wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenloß verurteilt. Stahler kam mit zwei Monaten Gefängnis davon.

Handel und Verkehr.

Cattmann O. A. Horb, 31. Jan. Das Eugen Kuchler, Kaufmann hier, gehörende Gemischtwarengeschäft wurde heute an Kaufmann Emil Sorg von Auln Bes. Donaueschingen, durch das Immobilien und Hypothekengeschäft Albert Breßburger Horb a. N., verkauft.

Stuttgart, 1. Febr. (Vom Obst- und Gemüsemarkt.) Die Obstpreise durch den Großhandel: sehr allmählich nach. Ein Teil von Äpfeln — meist sind es Schleichhändler — sucht immer Neffel zu unangemessenen Preisen direkt an die Lebensgeschäfte abzusetzen, meist mit Erfolg, da die Geschäfte jede Erwerbsschwierigkeit aufgreifen müssen, um aber Wasser zu zu bleiben. Jede höhere Forderung in den Läden als 3 Pfennig für das Pfund, sofern keine spezielle Gemüshaltung vorzuziehen werden kann, ist strafbar. — Die Gemüshändler sind bedauerlich zusammengekrumpft. In den Städten gibt es meist nur für „Krautmarkt“ noch etwas. Die eingewanderten Gemüse seien stark infolge zu warmer Witterung. Wenig Abgang haben die noch in ansehnlichen Mengen hier lagernden norddeutschen Kohlrabi gefanden.

Geislingen, 1. Februar. (Hohe Schweinepreise.) Zu dem gestrigen Schweinemarkt, der mit 220 Stück Milchschweinen und 4 Stück Käseföschweinen bejahen war, wurden für erstere 250—340 Mark, für letztere 400—430 Mark für das Paar bezahlt. Inzwischen vier Wochen sind die Preise um durchschnittlich 100 Mark für das Paar gestiegen.

